Nutzungsordnungen für dienstliche Endgeräte

In den letzten Tagen erreichen uns immer wieder Anfragen zu den Nutzungsordnungen für dienstliche Endgeräte. Diese werden von den einzelnen Schulträgern sehr unterschiedlich formuliert und sind aus unserer Sicht in einigen Fällen kritisch zu hinterfragen.

Art der Geräte / Einsatzbereich

Die Förderrichtlinien des Landes NRW (BASS 11-02 Nr. 36) beinhalten, dass die dienstlichen Endgeräte sowohl für den pädagogischen Einsatz als auch für die rechtssichere Ausübung von Verwaltungstätigkeiten (z.B. AO-SF Gutachten und Zeugnisse), also allgemein für die Erledigung der dienstlichen Aufgaben, vorgesehen sind. Durch die Nutzungsordnung darf daher keiner dieser Bereiche ausgeschlossen werden. Die ausgegebenen Geräte müssen laut Arbeitsstättenverordnung auch länger dauernde Bildschirmarbeiten angemessen ermöglichen. Das bedeutet, der Bildschirm muss entsprechend groß sein, und es muss eine externe Tastatur zur Verfügung gestellt werden.

Zubehör / Wartung / Administration

Die Fördersumme des Landes umfasst nach den Förderrichtlinien neben der Anschaffung von Endgeräten auch das notwendige Zubehör wie Schutzhüllen, Tastaturen und Software. Es kann also nicht Aufgabe der Kolleg*innen sein, solches Zubehör privat anzuschaffen. Demnach darf auch die Nutzungsvereinbarung dies nicht vorgeben. Der Schulträger ist gemäß der Förderrichtlinie ebenfalls für die Wartung und die zentrale Geräteverwaltung zuständig. Auch diese Aufgaben sind nicht auf die Lehrkräfte übertragbar.

Haftungsfrage

Die Frage der Haftung für Geräte, die zur Ausübung des Dienstes notwendig sind, wird im Beamtenstatusgesetz geregelt. Eine persönliche Haftung der Kolleg*innen kommt nur im Falle einer vorsätzlichen Beschädigung oder groben Fahrlässigkeit in Frage. Formulierungen in den Nutzungsordnungen, die eine Haftung für sämtliche Schäden während der Vertragslaufzeit oder gar eine konkrete Selbstbeteiligung (Betrag in Euro oder Prozentsatz des Neuanschaffungswertes) verlangen, dürfen nicht enthalten sein.

Wir begrüßen als Personalrat ausdrücklich die Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten. Die Nutzungsbedingungen dürfen aber nicht zu neuen Problemen für die Beschäftigten führen!

Was können Lehrkräfte tun?

Wenn Sie Schwierigkeiten bezüglich der oben genannten Punkte in „Ihrer“ Nutzungsordnung sehen, dann können Sie über Ihre Schulleitung versuchen, diese Punkte mit dem Schulträger anzusprechen und zu klären. Dazu wäre es hilfreich, wenn möglichst viele Kolleg*innen diese Bedenken teilen und gemeinsam vertreten. Ein entsprechender Lehrerkonferenzbeschluss oder auch ein gemeinsames Auftreten mehrerer Schulen z. B. über die Schulformsprecher*innen, könnte den Schulträger dazu bewegen, die Nutzungsordnung zu verändern.

Vorsitzende: Friederike Deeg & Ute Halein & Bernd Lindenau & Nicole Kaspar

Selbst wenn Sie bereits eine Nutzungsordnung unterschrieben haben, die nach Ihrer Meinung so nicht vertretbar ist, können Sie die Vereinbarung widerrufen, falls dies vertraglich nicht explizit ausgeschlossen ist. Hierzu leiten Sie ein formloses Schreiben unter Angabe Ihrer Gründe, Ihrer Bedenken, an den Schulträger. Dann müssen Sie natürlich das dienstliche Endgerät zunächst wieder abgeben. Auch ein solches Vorgehen kann nur dann Wirkung zeigen, wenn viele Lehrkräfte diesen Schritt gehen. Die Schulträger haben schließlich auch ein großes Interesse, das Distanzlernen mit Ausgabe der dienstlichen Endgeräte voranzubringen. Die Schulen sollten in kritischen Fällen dem Schulträger die Orientierung an den „Muster-Nutzungsbedingungen für dienstliche Endgeräte“ der Medienberatung NRW empfehlen (s.u.), da dieser Vorschlag gemeinsam mit dem MSB auf der Grundlage der Förderrichtlinie des Landes formuliert worden ist.

Was kann der Personalrat tun?

Wenn wir durch Sie Kenntnis über problematische Nutzungsordnungen erhalten, nehmen wir Kontakt mit den Schulträgern auf und fordern diese zur Abänderung der Nutzungsordnung auf, bei gleichzeitigem Hinweis, sich an die Vorgaben der Muster-Nutzungsbedingungen der Medienberatung NRW zu halten. Ebenso informieren wir den Abteilungsleiter der Bezirksregierung, Herrn Hartmann, über das problematische Agieren der Schulträger, damit ggf. weitergehend auf eine korrekte Gestaltung der Nutzungsordnung hingewirkt werden kann.

Haben Sie weitere Fragen oder Unsicherheiten bezogen auf die Ihnen vorgelegte Nutzungsordnung, dann können Sie sich natürlich gerne jederzeit an uns wenden.

Quellen:

Musternutzungsbedingungen, erstellt von der Medienberatung NRW:

<https://www.medienberatung.schulministerium.nrw.de/Medienberatung-NRW/Lern-IT/Dokumente/Nutzungsbedingungen/Nutzungsbedingungen-Lehrerendger%C3%A4te.docx>

Förderrichtlinien für dienstliche Endgeräte BASS 11-02 Nr. 36:

<https://bass.schul-welt.de/19244.htm>

Zur Haftung: § 48 BeamStG in Verbindung mit § 80 LBG und § 3 Abs.3 TV-L